

# SEBASTIAN BREHM

## Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,  
liebe Bürger!

Die Regierung Scholz ist gescheitert, der Bundeskanzler handlungsunfähig. Doch Olaf Scholz weigerte sich, die Vertrauensfrage zu stellen. Er klebte am Amt, glaubte Bedingungen stellen zu können. Sogar sein letzter verbliebener Koalitionspartner, die Grünen, gingen auf Distanz. Schließlich entschieden SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich und unser Unionsfraktionschef Friedrich Merz über den Weg zur Neuwahl – die nun am 23. Februar erfolgen soll. Scholz war so am Ende nicht einmal mehr Herr seiner eigenen Entscheidungen.

Aber seine Weigerung, unmittelbar die Vertrauensfrage zu stellen, hat die Neuwahl des Bundestages unnötig verzögert, wo ein zügiger Neubeginn für mehr Wachstum, Arbeit und Wohlstand dringend ist. Wie dringend, zeigte in dieser Woche das neue Jahresgutachten der „Wirtschaftsweisen“ – ein neuerlicher Beleg des dramatischen Versagens der gescheiterten SPD-geführten Bundesregierung. Es bestätigte ein zweites Jahr der Rezession, pulverisierte das vollmundige Wachstumsversprechen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und

warnte vor weiter steigender Arbeitslosigkeit. Das Institut der deutschen Wirtschaft legte zeitgleich eine Untersuchung vor, wonach die Zeit der Ampelregierung zu Investitionsausfällen von 140 Milliarden Euro in der Wirtschaft geführt hat.

Doch Scholz lebt weiter in einer Parallelwelt. Keine Zukunftsidee, nur ein „Weiter“ so mit immer mehr Schulden. In seiner Regierungserklärung versuchte er in populistischer Manier Sicherheit gegen Arbeitsplätze auszuspielen, Renten gegen Hilfe für die Ukraine. Die Erkenntnis, dass mehr Wachstum und Arbeit allemal die bessere Sozialpolitik ist – Fehlannonce. Am Ende forderte Scholz sogar, die Opposition müsse jetzt Mehrheiten für schon in der Ampel gescheiterte Gesetze schaffen. Ein Auftritt totaler Realitätsverweigerung eines gescheiterten Kanzlers. Am Ende steht Stillstand durch Scholz.

Aber es gibt noch wichtige Dinge wie den Schutz des Verfassungsgerichts vor extremistischen Kräften. CDU und CSU sind bereit das mitzutragen – im Interesse des Landes.

Ich wünsche Ihnen trotz allem eine gute Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

Es grüßt Sie herzlich  
Ihr Sebastian Brehm

# Stillstand Scholz

**„So. Doof.“**

Bundeskanzler Olaf Scholz nach dem Ende der  
Ampelkoalition am 06.11.2024

## Ampelgesetz blockiert Stadtentwicklung



Die Ampelkoalition ist zwar seit mehr als einer Woche Geschichte. Aber die Folgen verfehlter Entscheidungen wirken nach. Aktuelles Beispiel: Die Freistellung von stillgelegten Bahnflächen und deren Nachnutzung für die kommunale Entwicklung. Mit einer Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes hatte die inzwischen geplatzte Koalition diese Freistellungsmöglichkeit aufgehoben.

Die Folge: Viele wichtige innerstädtische Projekte und Entwicklungen werden ausgebremst. Lange geplante Wohnungsbau-, Radwege- und andere Projekte sind gefährdet, wenn keine Freistellung von Grundstücken vom Bahnzweck mehr bewilligt wird. Betroffen sind auch Flächen, deren Verkauf bereits mit den Kommunen vereinbart wurde. Langjährigen Planverfahren droht der Stopp. Kaufverträge mit der Deutschen Bahn müssen womöglich rückabgewickelt werden. Aktuell betroffen sind bundesweit mehr als 160 Projekte, darunter auch große Wohnungsbauvorhaben.

Die Zusicherung des Verkehrsministeriums, kurzfristig eine Übergangsregelung für Fälle vorzulegen, die vor Inkrafttreten der Gesetzesänderung beantragt wurden, verlief im

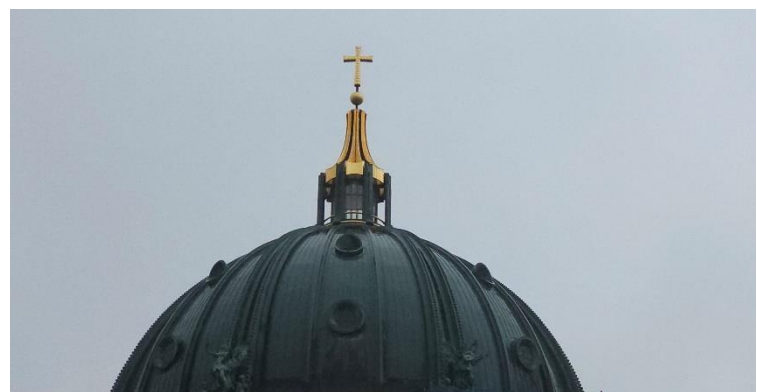
Sande. CDU und CSU haben deshalb eine [Gesetzesnovelle](#) für eine Neuregelung zugunsten der kommunalen Entwicklung eingebracht. Danach werden auch künftig wieder Freigaben nicht mehr benötigter Bahnflächen möglich.



**Sebastian Brehm:** „Die Änderung des Eisenbahngesetzes ist ein prägnantes Beispiel für eine kurzsichtige und unüberlegte

Ampelpolitik, die dem Land auch an vielen anderen Punkten geschadet hat.“

## Religionsfreiheit nebensächlich?



CDU und CSU kritisieren die Haltung der noch amtierenden Bundesregierung zum Menschenrecht auf Religionsfreiheit. Sie verwiesen jetzt, dass der dritte Bericht zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit für den Zeitraum 2020 bis 2022 nicht nur verspätet vorgelegt wurde, sondern auch nicht im Bundestag debattiert wurde. Symptomatisch für das Verhältnis der aktuellen Regierung zur Bedeutung der Religionsfreiheit ist auch die Abschaffung des Referats „Religion und Außenpolitik“ im Auswärtigen Amt. Die Schwerpunktsetzungen „Religionsfreiheit indigener Völker“ und „Beitrag

der Religionen zu nachhaltiger Entwicklung“ werfen zusätzlich Fragen auf.



**Sebastian Brehm:** „Der Bericht liest sich in weiten Teilen leider wie eine lästige Pflichtaufgabe. In seinen Schwerpunkten betrachtet der

Bericht Religion vorrangig unter dem Aspekt ihrer Nützlichkeit für die Umsetzung politischer Ziele. Das wird der Bedeutung der Religionsfreiheit als grundlegendem Menschenrecht nicht gerecht. Auch die Tatsache, dass Christen Hauptziel religiöser Unterdrückung weltweit sind, spielt in diesem Bericht nur eine eher untergeordnete Rolle.“

## Junge Union in Nürnberg



Im „Ofenwerk“ durfte ich am vergangenen Wochenende die Landesversammlung der Jungen Union (JU) Bayern miteröffnen. Das Motto „In Einigkeit mit Recht für Freiheit“ ist auch wegweisend für die bevorstehenden Wochen.

Vielen Dank an den politischen Nachwuchs für ihr tolles Engagement für Bayern und Deutschland. Wie wichtig die Arbeit der JU ist, weiß ich als langjähriges Mitglied und zuletzt als stellvertretender Landesvorsitzender nur zu gut.

## Herbstempfang im Nürnberger Norden



Spannender kann ein Herbstempfang der CSU Nürnberg-Nord eigentlich nicht sein. Am Ende einer ereignisreichen Woche mit dem Ende der Ampelkoalition bot der Empfang reichlich Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Als besonderer Gast konnten wir den CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Klaus Holetschek, begrüßen. Ein großes Dankeschön an unseren Stadtrat und CSU-Kreisvorsitzenden Daniel Frank für die tolle Organisation der Veranstaltung!

**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
030-227-74074 • Fax 030-227-70072

[sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.